



Nr. 355 | 25.11.2025

Polen-Analysen

Polen in der Wehrmacht

■ ANALYSE	
Zwangsrekrutierte Polen in der Wehrmacht	2
Ryszard Kaczmarek, Schlesische Universität in Kattowitz	
■ DOKUMENTATION	
Museum Danzig: Stellungnahmen zur Ausstellung »Unsere Jungs« (2025)	7
■ CHRONIK	
11. November – 24. November 2025	9

Zwangsrekrutierte Polen in der Wehrmacht

Ryszard Kaczmarek, Schlesische Universität in Kattowitz

DOI: 10.31205/PA.355.01

Zusammenfassung

Im Sommer 2025 eröffnete das Museum Danzig (Muzeum Gdańska) die Ausstellung »Unsere Jungs«. Im Mittelpunkt stehen Polen, die während des Zweiten Weltkrieges in die Wehrmacht zwangsrekrutiert wurden (Nasi chłopcy. Mieszkańcy Pomorza Gdańskiego w armii III Rzeszy). Es waren Einheimische aus polnischen Gebieten, die unter nationalsozialistischer Besatzung nach Beginn des Krieges in das Deutsche Reich eingegliedert wurden. Die Ausstellung hatte in Polen eine Welle der Empörung, v. a. im rechten politischen Lager, ausgelöst. Laut offiziellem Narrativ hatten polnische Soldaten im Zweiten Weltkrieg an der Front oder im Untergrund gegen die Deutschen gekämpft und nicht zusammen mit den Deutschen; die Betonung auf »unsere« Jungs wurde als Zumutung empfunden. Teile des politischen Establishments lehnten es in der anschließenden hitzigen Debatte ab, die Betroffenen als »Polen« zu bezeichnen. Der Text beleuchtet das historische Phänomen und seinen Kontext.

Die nationalsozialistische Siedlungspolitik in den »eingegliederten Ostgebieten«

Ursache für den Dienst polnischer Staatsbürger in der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges war die deutsche Nationalitätenpolitik, die das Deutsche Reich nach dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 betrieb. Am 8. Oktober wurde kraft eines Dekrets des Reichskanzlers Adolf Hitler ein Teil der polnischen Gebiete im Westen in das Dritte Reich eingegliedert. Es handelte sich um die polnischen Woiwodschaften der Vorkriegszeit Schlesien, Posen und Pommern sowie Teile der Woiwodschaft Białystok, Kielce, Krakau, Lodz und Warschau, die fortan zu den sog. »eingegliederten Ostgebieten« Deutschlands gehörten. In diesen Gebieten wurden neue Verwaltungseinheiten geschaffen: das Reichsgau Danzig-Westpreußen, Reichsgau Posen und ab dem 29. Januar 1940 das Reichsgau Wartheland/Warthegau. Der Regierungsbezirk Kattowitz ging zunächst in die preußische Provinz Schlesien ein und bildete ab 1941 zusammen mit dem Regierungsbezirk Oppeln die neue Provinz Oberschlesien. Der Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) wurde zusammen mit Suwałki (in Suwalken, dann in Sudauen umbenannt) der preußischen Provinz Ostpreußen zugeordnet.

Die dem Deutschen Reich im Jahr 1939 eingegliederten Gebiete sollten – so die deutschen Pläne – in der Zukunft ausschließlich von Deutschen bewohnt werden, sowohl von denen, die vor dem Krieg der deutschen Minderheit in Polen angehört hatten (»Volksdeutsche«), als auch von deutschen Ansiedlern, die bereits während des Krieges aus Osteuropa dorthin umgesiedelt worden waren, sowie außerdem von einer relativ kleinen Anzahl von Deutschen aus dem sog. »Altreich« (»Reichsdeutsche«). Die Polen sollten ausgesiedelt werden, mit Ausnahme derer, die bleiben sollten, um Zwangsarbeit für

die Deutschen zu leisten. Die Aussiedlungsaktionen in den eingegliederten Gebieten (v. a. in Pommern und Großpolen) begannen 1939; sie wurden aber Ende 1940 infolge der Vorbereitungen des Krieges gegen die Sowjetunion eingestellt. Die Absicht war, sie erst nach Beendigung des Krieges wiederaufzunehmen.

Die »Deutsche Volksliste«

Gestützt auf die in der Vorkriegszeit ausgearbeitete Rassenkunde des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, begann man von Anfang des Krieges an, in den eingegliederten Gebieten, insbesondere im Reichsgau Danzig-Westpreußen und im Regierungsbezirk Kattowitz, die nationalbewussten Polen anders als die autochthone Bevölkerung zu behandeln. Die autochthone Bevölkerung wurde der sog. »Zwischenschicht« zugeordnet. Dieser Begriff bezeichnete einen ethnischen Unterschied. Diejenigen, die zur »Zwischenschicht« gehörten, sollten die Möglichkeit bekommen, unter Berücksichtigung ihrer angeblich teilweise arischen Abstammung in die sog. »deutsche Volksgemeinschaft« aufgenommen zu werden. Nach Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft sollten die Angehörigen der »Zwischenschicht« dieselben Rechte und Pflichten haben wie die Deutschen. Nach den Plänen des SS-Rasseamtes sollte dafür zunächst die Begutachtung des »Rassewertes« der Betroffenen stattfinden und entschieden werden, ob es sich um »Deutschstämmige« handelt. Insgesamt sei damit die Möglichkeit gegeben, das »verloren gegangene deutsche Blut zurückzugewinnen«. Dabei ging man davon aus, dass die autochthone Bevölkerung, die zwar seit Jahrhunderten im polnischen/slawischen Milieu assimiliert war und sogar schon in ihrem Alltag die polnische Sprache verwendete, auf diese Weise eingedeutscht oder vielmehr wieder eingedeutscht werden könne. Zu den eth-

nischen Gruppen, die im Polen der Vorkriegszeit gelebt hatten und diesem Prozedere unterzogen werden konnten, zählten u. a. die Oberschlesier, die Kaschuben und schließlich im Grunde die gesamte autochthone Bevölkerung in Pommerellen.

Zu den ersten Vorhaben, polnischen Staatsbürgern der Vorkriegszeit die deutsche Staatsbürgerschaft zu geben, kam es in Großpolen auf Initiative des Gauleiters Arthur Greiser, denn dort war es notwendig geworden, unter den zur Aussiedlung bestimmten Personen eine Auswahl zu treffen; die Aussiedlungen hatten zu diesem Zeitpunkt bereits Massencharakter angenommen. In der Praxis wurde die Einteilung in vier Gruppen vorgenommen: A: »deutsche Volkszugehörige«, B: »Deutschstämmige«, C: »Fremdvölkische und deutsche Renegaten«, D: »fremde Volkszugehörige«. Diejenigen, die den Gruppen C und D zugerechnet wurden, sollten zielgerichtet ausgesiedelt werden.

Die Lösung der Frage der Trennung von Polen einerseits und autochthoner Bevölkerung andererseits, die auf dem Territorium aller eingegliederten Gebieten schließlich zur Anwendung kam, wurde allerdings erst am 4. März 1941 nach langen Diskussionen im Reichsministerium des Inneren und im Reichssicherheitshauptamt unter Beteiligung der Gauleiter der eingegliederten Gebiete beschlossen. Herausgegeben wurde die »Verordnung über die deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. März 1941«, die den Status der autochthonen Bevölkerung regeln sollte. Unterzeichnet haben sie der Innenminister Wilhelm Frick, der Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Heinrich Himmler sowie der Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß. Mit der Verordnung wurde für Personen, die in den eingegliederten Gebieten und auf dem Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig lebten, die Möglichkeit geschaffen, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, falls ihre Zugehörigkeit zur deutschen Volksgemeinschaft anerkannt worden sein sollte. Zu diesem Zweck mussten zunächst spezielle Fragebögen ausgefüllt werden, auf deren Grundlage die deutschen Behörden über den Antrag und die Qualifizierung des Antragstellers für die Zugehörigkeit zu einer der vier Gruppen der »Deutschen Volksliste« (DVL) entschieden. Die Pflicht, die Fragebögen auszufüllen, bestand nur im Reichsgau Danzig-Westpreußen und in Teilen des Regierungsbezirks Kattowitz (Ostoberschlesien).

Anfangs war es vorgesehen, die deutsche Staatsbürgerschaft nur denen zuzuerkennen, die für die Gruppen 1 und 2 der Deutschen Volksliste qualifiziert waren, d. h. Personen, die in der überwiegenden Mehrheit in der Zweiten Republik Polen zur deutschen Minderheit gehört hatten. Die autochthone Bevölkerung, die den ethnischen Gruppen zugeordnet wurde, die anerkan-

termaßen eine germanische Abstammung hatten, aber Zeit für ihre Eindeutschung bräuchten, wurden meistens in die DVL Gruppe 3 eingetragen. Diese implizierte, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nur in besonders begründeten Fällen nach Einzelfallprüfung des Antrags zugesprochen wurde. Die der DVL Gruppe 4 zugeordneten Personen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft nicht. Ihre Kinder sollten unter Gesichtspunkten der Rassenideologie einer Untersuchung unterzogen werden, ob sie in deutschen Familien eingedeutscht werden können. Personen, deren Anträge abgelehnt wurden, wurden als Polen eingeordnet und sollten ausgesiedelt werden. Dieser gesamte Rechtsakt widersprach dem internationalen Recht und den internationalen Konventionen, die Polen und Deutschland einst unterzeichnet hatten. Polen hatte keine Kapitulationserklärung unterschrieben und die polnische Regierung im Exil führte zunächst in Frankreich, dann in Großbritannien den Krieg gegen Deutschland weiter.

Das Prinzip, die deutsche Staatsbürgerschaft der zahlenmäßig stärksten Gruppe 3 der DVL nur nach individueller Prüfung zuzuerkennen, wurde nach einem Jahr auf Druck der Gauleiter Oberschlesiens, Fritz Bracht, und Danzig-Westpreußens, Albert Forster, geändert. Am 31. Januar 1942 gab Heinrich Himmler seine Zustimmung, die deutsche Staatsbürgerschaft generell auch den in die DVL Gruppe 3 Eingedeordneten zuzuerkennen, allerdings mit der Einschränkung einer zehnjährigen Probezeit mit der Möglichkeit, sie wieder abzuerkennen (»Zweite Verordnung über die Deutsche Volksliste und die deutsche Staatsangehörigkeit in den eingegliederten Ostgebieten vom 31. Januar 1942«). Entsprechend wurde der Vermerk »auf Widerruf« in den Ausweis gesetzt.

Einberufungen in die Wehrmacht ohne deutsche Staatsbürgerschaft

Obleich die endgültige Regelung der Staatsangehörigkeit in die Jahre 1941–1942 fiel, wurden bereits im Frühjahr 1940 erste militärische Musterungen von Einwohnern der ehemaligen polnischen westlichen Woiwodschaften durchgeführt und Tauglichkeitsbescheinigungen für den Wehrdienst ausgestellt. Die ersten militärischen Schulungen fanden im Sommer 1940 statt, d. h. noch vor Inkrafttreten der Deutschen Volksliste. Die Einberufungen weckte indes Zweifel beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), so dass eine Anfrage an Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichtet wurde. Das Rundschreiben des Reichsführers SS vom September 1940, welches den Militärs die sonderbare Situation erläutern sollte, dass auch Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in die Wehrmacht berufen werden, bezog sich auf die Rassenideologie. Himmler schrieb, dass die

nationalen Gruppen in den eingegliederten Ostgebieten (er nannte Oberschlesien und Kaschubien) in naher Zukunft in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen werden würden, und davon ausgehend, dass dies geschehe, einer Einberufung schon jetzt in die Wehrmacht nichts im Wege stünde. Das Oberkommando der Wehrmacht folgte dieser Interpretation und gab einen Sonderbefehl an die Führung der Militärbezirke in Danzig, Posen und Breslau heraus. Er beinhaltete, die Pflicht zum Reichsarbeitsdienst einzuführen und Männer bis zum 26. Lebensjahr zu Militärübungen einzuweisen. Obwohl die Einberufung in die Wehrmacht formal und letztlich auch nach geltendem Recht des Dritten Reiches erst nach Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft vollzogen werden konnte, begann sie also in den eingegliederten Gebieten teilweise schon früher. Zu der Zeit, als im Westen noch der siegreiche »Blitzkrieg« herrschte und der Bedarf an Rekruten in den deutschen Streitkräften noch nicht groß war, erhielten junge Männer aus Pommerellen und Ostoberschlesien die Aufforderung den Militärdienst zu beginnen, wenn sie zu den Jahrgängen gehörten, die in den übrigen Teilen Deutschlands einberufen wurden. Bei der Qualifizierung der jungen Männer für den Militärdienst beriefen sich die Behörden auf die Erklärung, die jene zu ihrer deutschen Abstammung abgegeben hatten oder die sie im Rahmen der Volkszählung oder bei der Ausstellung amtlicher Dokumente gemacht hatten. In dem damals von der Wehrmacht bis 1941 verwendeten Sprachgebrauch wurden sie als »Deutsche-Polen« bezeichnet. Erst im Juni 1943 erteilte das Oberkommando der Wehrmacht einen Sonderbefehl, der festlegte, sich bei der Einberufung ausschließlich auf die erfolgte Einbürgerung im Rahmen des Eintrags in die Deutsche Volksliste zu beziehen. In dem Zusammenhang wurde auch befohlen, diejenigen aus der Wehrmacht zu entlassen, die letztlich nicht in die Deutsche Volksliste aufgenommen worden waren, was Einzelfälle betraf.

Einberufungen auf Grundlage der Deutschen Volksliste

Ab 1941 war Grundlage für die Einberufung allerdings bereits die Einordnung in eine Gruppe der Deutschen Volksliste. Infolge der unterschiedlichen Auffassungen der Gauleiter von Oberschlesien und Danzig-Westpreußen, welche die Mehrheit der autochthonen Bevölkerung in die DVL eintragen wollten, trat nach dem Ausfüllen der Erfassungsbögen im Herbst 1942 eine deutliche Disproportion in der Anzahl der Volksdeutschen der DVL Gruppen 1–3 in den eingegliederten Gebieten zutage. Insgesamt wurden in den eingegliederten Gebieten 3,12 Millionen Personen in die Deutsche Volksliste eingetragen, davon ca. 1,1 Millionen in die Gruppen 1 und 2 und knapp zwei Millionen in die Gruppe

3 (sowie knapp 200.000 in die Gruppe 4). Fast alle, die der größten Gruppe, DVL 3, zugeordnet wurden, kamen aus nur zwei Verwaltungsgebieten, der Provinz Oberschlesien (1,02 Millionen) und dem Reichsgau Danzig-Westpreußen (870.000). Im Warthegau und dem Regierungsbezirk Zichenau spielte die DVL Gruppe 3 keine größere Rolle, da die Gauleiter Arthur Greiser und Erich Koch sich entschieden gegen die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an Personen, die vor dem Krieg nicht zur deutschen Minderheit gehört hatten, stellten. Das bedeutete die massenhafte Einberufung von jungen Männern aus dem Reichsgau Danzig-Westpreußen und aus Ostoberschlesien in die Wehrmacht, wo das Ausfüllen der Fragebögen für die Deutsche Volksliste zwangsverordnet war. Bei Versuchen dies abzulehnen oder falschen Angaben drohten Repressionen bis hin zur Einlieferung in ein Konzentrationslager.

Die seitdem in die Wehrmacht einberufenen Rekruten aus den eingegliederten Gebieten wurden in den amtlichen Dokumenten unterschiedlich bezeichnet. Abhängig von der Gruppe der Deutschen Volksliste lautete der Eintrag im Soldbuch zur Staatsangehörigkeit bei DVL 1 »Deutsches Reich«, DVL 2 »Deutsches Reich V.D.« (volksdeutsch) und DVL 3 »Deutsch. Reich a. W. DVL 3« (auf Widerruf). Der Zusatz zur Klassifizierung DVL 3 »auf Widerruf« bedeutete, dass diese Wehrmachtssoldaten anders behandelt wurden, teilweise als deutsche Staatsbürger zweiter Klasse. Bis zu dem Zeitpunkt des Erhalts der vollen Staatsbürgerschaft kamen sie z. B. nicht über den militärischen Grad des Unteroffiziers hinaus. Ihre Anzahl in den Einheiten sollte fünf bis acht Prozent nicht übersteigen, was im Laufe der Zeit aufgrund der großen Anzahl der Einberufenen nicht mehr beachtet wurde. Bis 1943 wurden sie nur in bestimmten Truppengattungen der Armee eingesetzt, vor allem bei der Infanterie.

Schätzungen zufolge kamen aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten zwischen 1941 und 1945 ca. 400.000–450.000 Männer in die Wehrmacht, die in die DVL 3 eingetragen waren. Der polnische Untergrundstaat (die polnische Konspiration in den besetzten Gebieten) teilte im Herbst 1944 gestützt auf Schätzungen der eigenen geheimdienstlichen Tätigkeit mit, dass seinerzeit ca. 220.000–250.000 polnische Soldaten aus Danzig-Westpreußen und ca. 200.000 polnische Soldaten aus Ostoberschlesien in der Wehrmacht rekrutiert waren. Die Soldaten der DVL 1 und 2 wurden in dieser Schätzung nicht berücksichtigt, da richtigerweise davon ausgegangen wurde, dass diese vor allem Angehörige der deutschen Minderheit im Polen der Vorkriegszeit gewesen waren. Auch die Vertreter der ethnischen polnischen Minderheit, die vor 1939 in Deutschland gelebt hatten (v. a. im Regierungsbezirk Oppeln und in Ermland und Masurien), wurden korrekt nicht in die Schätzungen einbezogen.

Obgleich die Polen aus den eingegliederten Gebieten prinzipiell unter Zwang für die deutsche Armee mobilisiert wurden, wurden sie in ihrem Dienst an der Front von den militärischen Führungspersonen meistens als Soldaten bewertet, die die ihnen übertragenen Pflichten gut ausübten. Die Polen, die in den Dienst der Wehrmacht berufen wurden, bildeten keine separaten Fronteinheiten. Sie wurden auf die bereits bestehenden deutschen Einheiten aufgeteilt, die infolge der Verluste an der Front fortwährend personellen Nachschub brauchten. Die Mehrheit der in den Jahren 1940–1941 Einberufenen diente anfangs in deutschen Einheiten in Nordafrika. An der Ostfront hatte das Oberkommando der Wehrmacht Vorbehalte, im ersten Kriegsjahr im Osten Polen in Einheiten einzusetzen, die gegen die Rote Armee kämpften. Nach einem Bericht des polnischen Untergrundstaates wurden im ersten Kriegsjahr keine Soldaten, die in der Deutschen Volksliste Gruppe 3 eingetragen waren, an die Ostfront geschickt, da die Befürchtung bestand, dass sie massenhaft desertieren würden. Doch die deutsche Führung änderte rasch ihre Meinung, da sie diese Gefahr nicht eintreten sah. Gewöhnlich verbargen die jungen Polen ihre antisowjetische Einstellung nicht, die sie noch aus der Zeit der Zweiten Republik Polen verinnerlicht hatten. Während ihres Aufenthaltes an der Front sahen sie sich in ihrer kritischen Beurteilung der Sowjetunion bestätigt, wenn sie ihre früheren negativen Urteile über das Leben im sowjetischen Russland mit dem aktuellen Anblick des Elends der kollektivierten Dörfer in Verbindung setzten. In vielen Briefen und Erinnerungen von Polen, die in der Wehrmacht dienten, tauchen Beschreibungen der Armut sowie der enormen Unterschiede im Lebensniveau – sogar im Vergleich zu den besetzten polnischen Gebieten – auf.

Im Übrigen waren die Möglichkeiten zu desertieren an der Ostfront begrenzt. Die Angst vor den sowjetischen Machthabern und den Repressionen, die gegenüber deutschen Kriegsgefangenen verübt wurden, schreckte in den ersten Kriegsjahren wirksam davor ab, auf die andere Seite überzulaufen. Auch die sowjetische Regierung war nicht geneigt, die in der Wehrmacht kämpfenden Polen dazu zu ermuntern. Erst nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Abkommens (Sikorski-Maiski-Abkommen) am 30. Juli 1941 über die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen, das den Weg ebnete, die Polnische Armee in der UdSSR (Armia Polska w ZSRR) aufzubauen, begannen Gespräche über dieses Thema. Der polnische Botschafter in Moskau bemühte sich um die Zustimmung, Polen aus Kriegsgefangenenlagern für Deutsche zu befreien, mit dem Ziel, sie als zwangsweise rekrutierte Soldaten der deutschen Armee in die organisierte Polnische Armee einzugliedern. Der sowjetische Außenminister

Wjatscheslaw Molotow wies diesen Vorschlag 1942 entschieden zurück, da er der polnischen Bewertung, die Kriegsgefangenen seien zuvor zwangsweise in die deutsche Armee berufen worden, nicht zustimmte. Ganz im Gegenteil war sein Standpunkt, dass es sich um Verräter handele, die besonders gefährlich für die Rote Armee seien, da sie bei den Stäben der deutschen Einheiten Übersetzungsdienste verrichtet hätten.

Die aus den eingegliederten Gebieten für die deutsche Wehrmacht rekrutierten Polen hofften in der Regel darauf, dass sie in Besatzungseinheiten im westlichen Europa (insbesondere in Norwegen und Frankreich) eingesetzt werden. Sowohl die Bedingungen der Einquartierung als auch die fast ausschließliche Ausübung von Wachdiensten ließen diese Zuteilung als eine glückliche Lösung erscheinen. Darüber hinaus war die Versorgung mit Gebrauchsgütern in diesem Teil des okkupierten Europa deutlich besser, was ermöglichte, dass regelmäßig Päckchen mit im besetzten Polen nicht zugänglichen Waren an die Familien geschickt werden konnten. Die Situation änderte sich bereits nach der Landung der Alliierten in Italien 1943 komplett sowie vor allem ein Jahr später nach der Landung der Alliierten in der Normandie, als die Kämpfe zu einer fortwährend steigenden Zahl an Verletzten und Gefallenen an der Westfront führten.

Gleichzeitig ergaben sich mit dem Beginn der Kämpfe in Italien und Frankreich Möglichkeiten zu desertieren, umso mehr, als an der Seite der alliierten Truppen die Einheiten der Polnischen Streitkräfte im Westen (Polskie Siły Zbrojne na Zachodzie) kämpften. Die polnische Exilregierung in London akzeptierte konsequenterweise das Vorgehen der rechtswidrigen deutschen Nationalitätenpolitik in den eingegliederten Gebieten und die Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in der Deutschen Volksliste Eingetragenen nicht. Aus diesem Grund betrachtete sie auch die Rekrutierung von Polen in die Wehrmacht als Verletzung des internationalen Rechtes, denn Polen hatte weder eine Kapitulation noch einen Friedensvertrag unterzeichnet, der ein solches von der Haager Konvention des Jahres 1907 verbotenes Vorgehen gestattet hätte. Die Personen, die in britische und später US-amerikanische Kriegsgefangenschaft gekommen waren, behandelte sie weiter als polnische Staatsbürger, die zum Dienst in den polnischen Streitkräften verpflichtet waren. Bereits in Nordafrika kamen 1942/43 ca. 2.000 ehemalige Soldaten der Wehrmacht, die in britische Gefangenschaft genommen worden waren, zu den Polnischen Streitkräften im Westen. Später gingen an der italienischen Front und in Frankreich bis zum Ende des Krieges in Europa insgesamt knapp 90.000 Polen, die vorher in der Wehrmacht Dienst getan hatten, in die Polnischen Streitkräfte ein.

An der Ostfront gab es, obwohl schon 1943 die neue Polnische Armee in der UdSSR auf Initiative der polnischen Kommunisten entstanden war, deutlich weniger Fahnenflucht. Leider ist die Zahl der ehemaligen polnischen Wehrmachtssoldaten, die desertierten oder sich in Kriegsgefangenenlagern um Aufnahme ins polnische Militär bemühten, nicht genau bekannt. Heutige Schätzungen gehen nur von einigen Tausend aus. Sie erlitten mehrheitlich zunächst das Los der deutschen Kriegsgefangenen und kamen in Gefangenenlager hinter der Front. Ein Teil kam später dank der Bemühungen der polnischen kommunistischen Regierung, die sich für ihre Entlassung aus den sowjetischen Lagern einsetzte, frei, was im Grunde die Rettung vor der Überstellung in das Gulag-System und eigentlich die einzige reale Chance auf Überleben war.

Rehabilitation und Erinnerung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Beendigung des Krieges wurden die ehemaligen Wehrmachtssoldaten in Polen einem Rehabilitationsverfahren zum Wiedererhalt der polnischen Staatsangehörigkeit unterzogen. Die Erinnerung an ihre Geschichte überdauerte eigentlich nur in den Familien, deren Söhne, Väter und Großväter den Dienst in der deutschen Armee überlebt hatten.

Das Problem lebte im kommunistischen Polen erst wieder auf, als die Bundesregierung in den 1960er Jahren begann, ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und den Familien der Gefallenen eine Rente zu zahlen. In der Presse und in öffentlichen Äußerungen wurde diese Thematik allerdings nach wie vor selten gestreift. Man bemühte sich weiter konsequent, sie aus dem kollektiven historischen Gedächtnis der Polen zu löschen. Ein unerwartetes Interesse an den »Polen in der Wehrmacht« kam Anfang des 21. Jahrhunderts auf, als der Journalist Jacek Kurski während des Präsidentschaftswahlkampfes 2005 in Polen andeutete, dass sich der Großvater des damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Tusk als Freiwilliger zur Wehrmacht gemeldet habe. Unerwartet zeigte sich, dass der Dienst in der Wehrmacht als Argument für die laufende politische Auseinandersetzung genutzt werden kann – damals im Wettbewerb um das Präsidentenamt, den schließlich Lech Kaczyński gewann. Seitdem ist der »Großvater in der Wehrmacht« zu einem festen Bestandteil der politischen Debatte in Polen geworden.

Nach der Eröffnung einer Ausstellung in Danzig im Juli 2025, die sich den aus Danzig-Westpreußen stammenden Polen in der Wehrmacht widmet, ist die Diskussion über dieses Thema wieder entbrannt. Besonders heftigen Streit rief der Begriff »unsere Jungs« im Titel der Ausstellung hervor. Die Gegner der Ausstellung warfen ihren Urhebern vor, eine falsche Version der Geschichte

zu verbreiten, und hielten dagegen, dass »unsere Jungs« Polen vor Nazideutschland verteidigt und nicht in der Wehrmacht gekämpft hätten.

Die Zwangsrekrutierung in die Wehrmacht war jedoch nicht nur ein polnisches Phänomen. Sie wurde in vielen besetzten Ländern durchgeführt. Diese Problematik zu verschweigen, war nach dem Zweiten Weltkrieg in ganz Europa gang und gäbe, wobei sich ihre Enthüllung in Westeuropa deutlich früher vollzog, in Frankreich beispielsweise schon in den 1970er Jahren. Heute wird bereits in vielen Ländern dazu geforscht, seit vielen Jahren außer in Frankreich auch in den Beneluxländern, außerdem in Slowenien, Tschechien und auch in Polen. Daher verliert die Thematik deutlich ihren »Sensationsgehalt«. Sie wird zu einem Teil des kollektiven historischen Bewusstseins und ist eines der Beispiele für die Komplexität des Verhältnisses zum deutschen Besatzer in der Zeit des Zweiten Weltkrieges.

Trotzdem sind in Polen immer noch viele Ungenauigkeiten über dieses Thema in Umlauf. Begriffe wie Volksliste, Volksdeutsche, Polen in der Wehrmacht und auch die publizistische Bezeichnung »unsere Jungs« werden unterschiedlich aufgenommen – anders in den Gebieten, wo die Befragungen zur Volksliste gezwungenermaßen beantwortet werden mussten (Danzig-Westpreußen, Oberschlesien) und wo sich ein kollektives Gedächtnis dazu herausbildete und in den Familien bewahrt wurde, und anders im übrigen Teil Polens, wo der Begriff Volksdeutsche mit Verrätern und Abtrünnigen während der deutschen Besatzung assoziiert wird. Das erschwert das Verständnis dessen, dass »unsere Jungs« unsere Väter, Großväter und Angehörige sind und nicht »unsere Wehrmacht«.

In der Bildungsvermittlung und den Massenmedien dominiert das Bild der deutschen Besatzung, wie sie im Generalgouvernement stattgefunden hat, und auch das erschwert es, die Ziele der damaligen deutschen Nationalitätenpolitik in den eingegliederten Gebieten des Deutschen Reiches zu verstehen, d. h., dass die Eintragung in die Deutsche Volksliste eine nationalsozialistische Maßnahme zur Eindeutschung war. Dies hatte bereits während des Zweiten Weltkrieges sowohl die polnische Exilregierung erkannt, welche die rechtlichen Folgen des Eintrags in die DVL nicht anerkannte, als auch nach dem Krieg sogar die kommunistische Regierung, die die Rehabilitierung von Personen der DVL 3 nur vollzog, wenn sie ihre Zugehörigkeit zur polnischen Nation erklärten.

Von Zeit zu Zeit ist die Rede vom freiwilligen Dienst der Polen in der Wehrmacht. Hier ist jedoch eindeutig zu unterstreichen, dass es nie irgendeine geschlossene polnische Einheit in der Wehrmacht gab, nicht einmal auf Kompanieebene, ganz zu schweigen vom Regiment oder Division. Es gab nicht nur keine polnischen Ein-

heiten der Wehrmacht, sondern prinzipiell auch keine Offiziere, die in der Deutschen Volksliste Gruppe 3 eingetragen waren. In vereinzelt Ausnahmefällen wurden Soldaten für ihre Taten an der Front zum Unteroffizier befördert. Nur Wenige, insbesondere aus dem Kreis der deutschen Minderheit im Vorkriegspolen, haben sich freiwillig zum Militärdienst gemeldet. Die Einbe-

rufung wurde von den Einwohnern Ostoberschlesiens und Pommerellens überwiegend als Zwang empfunden und so verstanden sich die Soldaten als Zwangsrekrutierte der Wehrmacht.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. *Ryszard Kaczmarek* ist am Historischen Institut der Schlesischen Universität in Kattowitz (Instytut Historii, Uniwersytet Śląski w Katowicach) tätig. Seine Forschungsfelder sind die Geschichte Polens im 20. Jh., Deutschlands im 19. und 20. Jh. sowie die Geschichte Schlesiens.

Lesetipp

Karte zu den vom Deutschen Reich annektierten polnischen Gebieten, den sog. »eingegliederten Gebieten«, März 1940: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Polen%20unter%20dt.%20Zivilverwaltung.pdf

DOKUMENTATION

Museum Danzig: Stellungnahmen zur Ausstellung »Unsere Jungs« (2025)

Museum Danzig: »Unsere Jungs«. Eine Ausstellung über ignorierte Geschichte

10. Juli 2025

Im Rathaus des Stadtteils Rechtstadt (Głównie Miasto) in Danzig (Gdańsk) wird in Kürze eine Sonderausstellung zu einem Thema eröffnet, das jahrzehntelang nicht fundiert erklärt und verstanden wurde – der Wehrdienst von Einwohnern Pommerellens in der deutschen Armee während des Zweiten Weltkrieges. Die Ausstellung, die vom Museum Danzig (Muzeum Gdańska) in Zusammenarbeit mit Partnern vorbereitet wurde, bewertet nicht, sondern erklärt. Sie ist vom 12. Juli 2025 bis 10. Mai 2026 geöffnet.

»Die Ausstellung »Unsere Jungs. Einwohner Danzig-Westpreußens in der Armee des Dritten Reiches* beschäftigt sich mit sowohl in der Öffentlichkeit als auch häufig im privaten Bereich verschwiegenen Erfahrungen. Vielen Einwohnern von Pommerellen schien das Thema des Dienstes in der deutschen Armee zu gefährlich zu sein, um offen darüber zu reden. Es blieb im Verborgenen, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Im vertrauten Kreis war es kein Tabu, allerdings wurde es in vielen Familien auch vollkommen verdrängt«, sagt Prof. Waldemar Ossowski, Direktor des Museum Danzig. »Wir glauben, dass ein Museum als Institution des öffentlichen Vertrauens die Pflicht hat, auch schwierige Themen aufzunehmen. Nicht um zu rechtfertigen oder anzuklagen, sondern um zu erklären und Wissen und Verständnis zu vertiefen. Nur auf diese Weise kann man eine Gemeinschaft aufbauen, die sich auf Empathie und nicht auf Vereinfachungen stützt.«

Die Ausstellung »Unsere Jungs. Einwohner Danzig-Westpreußens in der Armee des Dritten Reiches« wird in der Säulengalerie des rechtstädtischen Rathauses in Danzig, ul. Długa 46/47 gezeigt. Auf einer Fläche von 200 m² werden Originalstücke, Fotografien, Tonaufnahmen, künstlerische Installationen sowie persönliche Familienandenken präsentiert. Die Ausstellung wird von wissenschaftlichen Veranstaltungen und einem Bildungsprogramm begleitet.

Andenken, Geschichte, Schweigen – eine Erzählung über Hunderttausende Schicksale

Die Ausstellung erzählt vom Schicksal Hunderttausender Einwohner Pommerellens, die – meistens unter Zwang – in die Armee des Dritten Reiches eingegliedert wurden. Das ist Geschichte, die nahekommt, es sind die Schicksale unserer Nachbarn, Verwandten und Vorfahren. Der Titel »unsere Jungs« ist keine Metapher, er ist eine bewusste Bezugnahme auf einen Begriff, mit dem während des Krieges Luxemburger in einer ähnlichen Situation bezeichnet wurden (»Ons Jongen«).

»Das ist eine Ausstellung über jemanden Nahestehenden, für den wir Verantwortung übernehmen und der nicht in Vergessenheit geraten soll – und, was nicht so offensichtlich zu sein scheint, über uns selbst«, sagt Dr. Andrzej Hoja vom Museum Danzig, Kurator der Ausstellung. »Es ist eine Erzählung über Generationen, die im Schatten des Schwei-

gens aufwachsen, über Nachkommen, die heute versuchen, die Entscheidungen ihrer Großväter und Urgroßväter zu verstehen. Eines dieser Schicksale ist die Geschichte von Stanisław Szuca, Sohn des von den Deutschen ermordeten bekannten polnischen Aktivisten in der Freien Stadt Danzig, Michał Szuca. Stanisław, dessen Mutter Deutsche war, wurde zunächst in Gruppe 4 der Deutschen Volksliste eingeordnet. Er erhob Einspruch und nach Zuerkennung der Gruppe 3 wurde er in die Wehrmacht einberufen und fiel an der Ostfront. Bis heute befinden sich viele mit seinem Tod [...] verbundene Erinnerungsstücke im Familienarchiv. Es gibt weitere solcher Geschichten. Wir bemühen uns, sie ehrlich, ohne Vereinfachungen und Sensationslust zu zeigen.«

Die Ausstellung entstand dank der Zusammenarbeit des Museum Danzig, des Museums des Zweiten Weltkrieges in Danzig (Muzeum II Wojny Światowej w Gdańsku) sowie des Zentrums für Historische Forschungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin (Centrum Badań Historycznych Polskiej Akademii Nauk w Berlinie) mit Unterstützung der Sammlungen von Museen in Pommerellen sowie einiger Dutzend Familien aus Pommerellen und Danzig.

Zwischen Erinnerung und Vergessen

Die Ausstellung ist in drei Hauptbereiche geordnet: »Im Reich«, »Spuren« und »Stimme«. Sie stellt nicht nur die Fakten dar, sondern erzählt auch von den Emotionen, Spannungen, Gewissensbissen und vom Schweigen, das jahrzehntelang diese Geschichte begleitete.

»Viele Einwohner dieser Region, die desertierten und sich den Alliierten anschlossen, blieben nach dem Krieg im Westen. Diejenigen, die nach dem Krieg Polen wählten, wo das Thema ihres Wehrdienstes Verdacht erregen könnte, haben Fotos vernichtet und Auszeichnungen versteckt. Manche wie Tony Halik haben sich eine völlig andere Version ihrer Geschichte im Krieg ausgedacht«, sagt Dr. Janusz Marszalec, Vizedirektor des Museums des Zweiten Weltkrieges und Kokurator der Ausstellung. »Die Fragen, die wir heute stellen, wurden jahrzehntelang nicht formuliert. Kann man in der Uniform des Angreifers dienen und gleichzeitig Opfer des Krieges sein? Haben wir ein Recht auf Erinnerung an diejenigen, die weder in den Schulbüchern noch in den jährlichen Ansprachen vorkamen? Die Antworten sind nicht immer einfach, aber die Absicht bleibt unverändert: Unser Ziel ist das Verstehen – der Menschen und der Situation. Erinnerung muss nicht spalten, sie kann verbinden.«

[...]

Dr. Andrzej Gierszewski
Museum Danzig

*Nasi chłopcy. Mieszkańcy Pomorza Gdańskiego w armii III Rzeszy

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Muzeum Gdańska [Museum Danzig]. <https://media.muzeumgdansk.pl/komunikaty/854872/nasi-chlopcy-wystawa-o-przemilczanej-historii> (abgerufen am 21.11.2025).

Erklärung des Museum Danzig zur Ausstellung »Unsere Jungs«

14. Juli 2025

Wir widersprechen den ungerechten und oberflächlichen Urteilen, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Ausstellung »Unsere Jungs. Einwohner Danzig-Westpreußens in der Armee des Dritten Reiches*« auftauchen, und zwar ausschließlich von Personen, die sich weder mit der Ausstellung selbst noch mit ihrem historischen Kontext und ihrem Bildungsauftrag beschäftigt haben. Wir bedauern, dass das Narrativ um die Ausstellung für eindeutig politische Zwecke instrumentalisiert wird.

Die Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit dem Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig (Muzeum II Wojny Światowej w Gdańsku) und dem Zentrum für Historische Forschungen der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin (Centrum Badań Historycznych Polskiej Akademii Nauk w Berlinie) vorbereitet. Sie ist das Ergebnis der Arbeit einer Gruppe von Historikern und Museumsmitarbeitern, die sich seit Jahren mit der Dokumentation der komplexen Schicksale der Einwohner Pommerellens und anderer in das Dritte Reich eingegliedeter Gebiete beschäftigen. Das Ziel der Ausstellung ist es, das tragische Schicksal der Menschen zu zeigen, die nach 1939 unter einem brutalen Zwang geraten waren – eingetragen in die Deutsche Volksliste, wurden sie unter Androhung von Repressionen gegen sie selbst und ihre Familien in die Wehrmacht eingezogen.

Der Ausstellungstitel »Unsere Jungs« ist kein zufälliger Titel. Er betrifft Hunderttausende Personen – Söhne, Brüder und Väter aus autochthonen Familien. Sie wurden in eine Situation ohne Wahlmöglichkeit gestellt. Unsere Ausstellung zeigt sie in einer Weise, die von Schwarz-Weiß-Urteilen weit entfernt ist.

Wir erinnern: Die zwangsweise Germanisierung, der Eintrag in die Volksliste, die Einberufung in die deutsche Armee waren Handlungen des Besatzers. Viele Betroffene wurden für die Verweigerung des Wehrdienstes, Fahnenflucht aus der Wehrmacht und den Versuch, zu den Polnischen Streitkräften (Polskie Siły Zbrojne) zu gelangen, zum Tode verurteilt und in Konzentrationslager verbracht. Ein Beispiel ist Stanisław Szuca, der wegen der propolnischen Einstellung seiner Familie in der Freien Stadt Danzig an die Front geschickt wurde. In der Ausstellung stellen wir auch das Schicksal von Edmund Tyborski aus Swornegacie vor, der für seine Flucht aus der Wehrmacht und seinen Versuch, sich den Partisanen anzuschließen, guillotiniert und seine Familie ins Lager geschickt wurde.

Die Annexion polnischer Gebiete, die Nötigung der Polen, die Volksliste zu unterschreiben, und die Zwangsrekrutierung in die Wehrmacht sind ein deutsches Verbrechen, das wir nicht verschweigen werden. Wir werden nicht über seine Opfer schweigen, die jahrzehntlang diese Tatsache verborgen haben, da sie sich vor Verurteilung und Ausschluss fürchteten. Wir zeigen das Leid der Menschen, denen keine Wahl gelassen wurde. Wir akzeptieren nicht, wenn sie als Verräter oder Kollaborateure dargestellt werden. Die Opfer deutscher Gewalt aus der polnischen nationalen Gemeinschaft auszuschließen, ist nicht nur unwürdig und unpatriotisch, sondern erinnert an die niederträchtige Propagandaretorik der Volksrepublik Polen, die jahrzehntlang die Opfer stigmatisierte und nicht die Täter.

Die Geschichten der Menschen, die in der Ausstellung vorgestellt werden, werden von Bildungsmaterial, Expertenkommentaren und Stimmen der Familien begleitet, die über Jahrzehnte nicht das Recht hatten, sich zu äußern. Es kann kein ehrlicher Diskurs über die Geschichte ohne einen ehrlichen Blick auf ihre schmerzhaftesten Aspekte entstehen. Wir laden ein, die Ausstellung zu besuchen und erst im Anschluss daran Urteile zu formulieren.

Dr. Andrzej Gierszewski
Museum Danzig

*Nasi chłopcy. Mieszkańcy Pomorza Gdańskiego w armii III Rzeszy

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Muzeum Gdańska [Museum Danzig]. <https://media.muzeumgdansk.pl/komunikaty/855016/oswiadczenie-wystawa-czasowa-nasi-chlopcy> (abgerufen am 21.11.2025).

CHRONIK

11. November – 24. November 2025

11.11.2025	Im ganzen Land finden Veranstaltungen zum Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (1918) statt. Präsident Karol Nawrocki unterstreicht in seiner Rede in Warschau, dass Polen ein christliches Fundament habe und er nicht zulassen werde, dass die westliche Ideologie »willenlos übernommen« wird. Auch als Anhänger der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union setze er ein freies, unabhängiges und souveränes Polen an erste Stelle.
12.11.2025	Präsident Karol Nawrocki verweigert die Ernennung von 46 Richtern. Er wirft ihnen vor, das polnische Rechts- und Verfassungssystem infrage zu stellen. Hintergrund ist, dass die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk versucht, die Veränderungen am Justizsystem unter der Vorgängerregierung der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) rückgängig zu machen. Kritiker sahen durch die damalige Justizreform die Unabhängigkeit der polnischen Justiz gefährdet, was auch zu Konflikten mit der Europäischen Union führte.
14.11.2025	Innenminister Marcin Kierwiński teilt mit, dass Polen heute einen Antrag an die Europäische Kommission auf vollständige Befreiung vom Solidaritätsmechanismus im Rahmen des europäischen Migrationspaktes stellt. Der Antrag beziehe sich auf die Einschätzung der Kommission, dass sich Polen in einer äußerst schwierigen Situation wegen des von Russland und Belarus ausgeübten Migrationsdrucks an der polnisch-belarusischen Grenze (Migranten u. a. aus dem Nahen Osten) befindet und Polen außerdem ca. eine Million Geflüchteter aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine aufgenommen hat, sagt Kierwiński. Der EU-Migrationspakt sieht die Relokation von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union sowie Ausgleichszahlungen bei Nichtteilnahme am Relokationsmechanismus vor.

14.11.2025	Das Innenministerium gibt bekannt, dass ab dem 17. November die beiden polnisch-belarusischen Grenzübergänge Kuźnica Białostocka-Bruzgi und Bobrowniki-Bierestowica wieder für den Personenverkehr geöffnet werden. In Bobrowniki ist auch wieder der Warenverkehr möglich. Die Wiederöffnung sei möglich, da insgesamt die polnische Grenze zu Belarus durch einen Grenzzaun, elektronische Überwachungssysteme und mehr Personal beim Grenzschutz so stark gesichert sei wie nie zuvor, teilt die Regierung mit.
15.11.2025	Auf dem Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) wird der aktuelle Vorsitzende Władysław Kosiniak-Kamysz mit 98,85 Prozent der Stimmen erneut zum Parteichef gewählt. Es gab keinen weiteren Kandidaten für das Amt. Der stellvertretende Sejmmarschall Piotr Zgorzelski wird neuer Chef des PSL-Parteirates, er löst Waldemar Pawlak ab.
16.11.2025	In St. Petersburg (Russland) versuchen Demonstranten, den Botschafter der Republik Polen, Krzysztof Krajewski, zu bedrängen. Die Personenschützer des polnischen Staatsschutzes (Służba Ochrony Państwa – SOP) bringen den Botschafter in Sicherheit, weder er noch die Demonstranten, die antipolnische und antiukrainische Plakate bei sich haben, nehmen Schaden. Die russischen Ordnungsdienste leisteten keine Unterstützung.
17.11.2025	An der Eisenbahnstrecke Warschau – Lublin kam es in der Nähe der Station Mika zu einer Explosion. Menschen kamen nicht zu Schaden. Ministerpräsident Donald Tusk sagt bei einer Begehung vor Ort, es handle sich um einen Sabotageakt, bei dem höchstwahrscheinlich ein Zug in die Luft gesprengt werden sollte. Es würden umfangreich Spuren gesichert und analysiert. Die Bahnlinie ist eine strategisch wichtige Verbindung, die weiter in die Ukraine führt.
18.11.2025	Ministerpräsident Donald Tusk informiert im Sejm über den Sabotageakte an der Eisenbahnstrecke Warschau – Lublin am Vortag, bei dem es in der Nähe der Station Mika zu einer Explosion kam, die die Gleise beschädigt hat. Außerdem habe in der Nähe von Puławy ein Passagierzug wegen beschädigter Infrastruktur eine Vollbremsung machen müssen; die Beschädigung sei vom Bahnpersonal erkannt worden. Es seien zwei ukrainische Staatsbürger, die mit dem russischen Geheimdienst zusammenarbeiten würden, festgenommen worden. Tusk ruft dazu auf, keine antiukrainische Stimmung zu schüren, da dies im Interesse Moskaus liege, das einen Angriffskrieg gegen die von Polen und westlichen Partnern unterstützte Ukraine führt.
19.11.2025	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, Innenminister Marcin Kierwiński und der Chef des Generalstabs der Polnischen Armee, General Wiesław Kukuła, geben auf einer Pressekonferenz bekannt, dass im Rahmen der Operation »Horizont« (Operacja »Horyzont«) ab dem 21. November die für die innere Sicherheit des Landes zuständigen Dienste gemeinsam mit der Armee kritische Infrastruktur in Polen schützen werden. Die Armee stellt für die Operation »Horizont« 10.000 Soldaten ab.
21.11.2025	Ministerpräsident Donald Tusk sagt im Sejm, bei den Polen von Russland zugefügten Schädigungen handele es sich um russischen »Staatsterrorismus«, mit dem Ziel, Polen zu destabilisieren. Tusk bezieht sich auf russische Desinformationskampagnen, die Sabotageakte auf eine Bahnverbindung in Polen Anfang der Woche und einen Vorfall im St. Petersburg (Russland) in der vergangenen Woche, wo der Botschafter Polens von Demonstranten bedrängt wurde.
22.11.2025	In Krakau (Kraków) eröffnet Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz das Schulungsprogramm für Zivilisten »In Bereitschaft« (wGotowości), das von ausgewählten Einheiten der polnischen Armee durchgeführt wird. An vier Schultagen werden zivile Sicherheitsvorkehrungen für den Krisenfall, Erste Hilfe sowie Evakuierungsmaßnahmen und Regeln für Cybersicherheit im zivilen Alltag vermittelt. Nach Angaben des Verteidigungsressorts haben sich für das Pilotprojekt knapp 18.000 Teilnehmer angemeldet.
23.11.2025	Außenminister Radosław Sikorski sowie Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz reagieren auf einen Beitrag der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in den sozialen Medien, der lautet, dass Polen im November 1939 das erste Land gewesen sei, in dem Juden gezwungen wurden, den Davidstern als ein Zeichen zu tragen, mit dem sie von der übrigen Bevölkerung erkennbar abgegrenzt wurden. Sikorski und Kosiniak-Kamysz rufen Yad Vashem auf, die Äußerung dahin gehend zu korrigieren, dass Polen zu jener Zeit unter deutscher Besatzung stand.
24.11.2025	Außenminister Radosław Sikorski bestellt den Botschafter Israels in Warschau, Yaakov Finkelstein, ein. Hintergrund ist die historisch falsche Meldung der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in den sozialen Medien, dass Polen 1939 das erste Land gewesen sei, in dem Juden gezwungen wurden, den Davidstern als Zeichen der Absonderung von anderen Bevölkerungsgruppen zu tragen. Sikorski u. a. hatten am Vortag Yad Vashem aufgerufen, die Meldung zu korrigieren. Polen hatte damals unter deutscher Besatzung gestanden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>